



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 9. April 2014

TOP 17, Krabben- und Muschelfischerei in schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässern
(Drucksache 18/1728)

Lars Winter:

Neue Wege, um Nutzen und Schutz zu ermöglichen

Zunächst danke ich dem Fischereiminister für den mündlichen Bericht zur aktuellen Situation der Krabben- und der Muschelfischerei und die Zukunftsaussichten in Schleswig-Holstein. Nicht zum ersten Mal beschäftigt sich der Landtag mit der Situation der Krabben- und Muschelfischerei. Im Oktober 2000 hat die damalige sehr geschätzte Fischereiministerin Ingrid Franzen auf Antrag der CDU einen Bericht unter anderem über die Krabben- und Muschelfischerei abgegeben.

Damals wie heute ging es den Krabbenfischern wirtschaftlich gut. Doch es gab auch wirtschaftlich schwierige Zeiten. Unter anderem auch dadurch bedingt, dass die Krabbenfischer über keine eigene Erzeugerorganisation verfügten. Man hatte das Geschäft den holländischen Firmen überlassen und sah sich dann praktisch einem Preisdiktat ausgesetzt. Bereits damals hat Ministerin Franzen in ihrem Bericht geraten, dass sich die Krabbenfischer unabhängiger machen müssten. Im letzten Jahr hat man aus den früheren Fehlern gelernt. Wie Minister Habeck heute ausgeführt hat, haben rd. 100 norddeutsche Krabbenfischer im letzten Jahr wieder eine Krabbenerzeugerorganisation gegründet.

Für eine bessere Wertschöpfung in Schleswig-Holstein wäre es erforderlich, dass die komplette Verarbeitung hier passiert. Also auch die Entschälung der Krabben. Die Konsumentinnen und Konsumenten verstehen bis heute nicht, dass die Krabben nach Afrika geschippert werden, dort

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

ausgepult, zurückgeholt und hier als „Frisch“produkt veräußert werden. Als „gaga“ wird das abqualifiziert.

Wie dem Bericht von vor 14 Jahren, Drucksache 15/452, zu entnehmen ist, hat die damalige Machbarkeitsstudie nachgewiesen: „...das der Einsatz von Maschinen in einem Entschälzentrum an der Westküste insgesamt positive Effekte auslösen würde, weil das Produkt Nordseekrabbe regional gefangen, verarbeitet und über eine besondere qualitätsorientierte Fang-, Verarbeitungs- und Absatzstrategie als hochwertiges und von der Handentschälung im Ausland abgesetztes Premium-Produkt am Markt platziert und vom Kunden akzeptiert werden könnte.“ Lassen Sie uns in diese Richtung weiterdiskutieren. Wenn diese alte Idee vielleicht umgesetzt wird, in Verbindung mit nachhaltiger Fischerei und dem MSC-Siegel, wie es der Minister beschrieben hat, bekommt die Krabbenfischerei und das Produkt Nordseekrabbe aus Schleswig-Holstein einen besonderen Stellenwert und wird bei der Endverbraucherin und dem Endverbraucher ankommen.

Die Probleme der Miesmuschelkulturwirtschaft wurden vom Minister deutlich vorgetragen. Die Landesregierung und die Fraktionen sind mit den Muschelfischern und den Naturschutzverbänden im Gespräch, um eine für beide Seiten tragfähige Lösung in dem Konfliktfeld zu finden. Mit den schon genannten Saatmuschelgewinnungsanlagen haben die Akteure auf die gefällten Urteile reagiert und gezeigt, dass sich auch andere Wege gehen lassen, die man vorher vielleicht nicht so in Betracht gezogen hat. Darauf basierende Gespräche sollten letztendlich zu einem guten Kompromiss zwischen Muschelfischern und Naturschützern kommen.

Wie wichtig eine schnelle Einigung ist, zeigen die zu erzielenden Umsätze, wenn die Saatmuschelgewinnung die erforderliche Basis schafft. Im Jahr 2011 wurde eine Produktionsmenge von 13.000 Tonnen mit einem Umsatz von rd. 18 Mio. Euro erzielt. Auf der letzten Veranstaltung der Erzeugerorganisation der Muschelfischer am 7. August des letzten Jahres wurde vorgetragen, dass der Umsatz durchaus auf bis zu 54 Mio. Euro gesteigert werden könnte. Aber eben nicht auf Kosten der Umwelt.

Wir alle wissen um die Konflikte zwischen der Nutzung und dem Schutz der schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässer, sprich zwischen der Fischerei und dem Naturschutz.

Dieser Konflikt ist nicht neu und zum Teil mit vielen Vorurteilen und gegenseitigen Beschuldigungen auf beiden Seiten behaftet. Beides – Nutzung und Schutz – ist notwendig, da sind wir uns alle, denke ich, einig. Die Landesregierung geht hier den richtigen Weg. Wir unterstützen dies ausdrücklich und appellieren an beide Seiten, sich neuen Wegen und Lösungsvorschlägen nicht zu verschließen. Ich schließe mit den Worten: Petri Heil